

Pressemitteilung

BVIB e.V. warnt vor irreparabler Zerstörung der Integrationsinfrastruktur – „Was wir gerade erleben, ist ein politisch verursachter Systemkollaps“

09.02.2026 – Der Bundesverband für Integrations- und Berufssprachkurse (BVIB e.V.) schlägt angesichts des jüngsten Trägerrundschreibens des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie der aktuellen Auskünfte der Bundesregierung Alarm. Die faktische Aussetzung der Zulassungen zu Integrationskursen stellt nach Einschätzung des Verbandes eine massive Gefährdung der Integrationsfähigkeit Deutschlands dar – mit sozialen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Folgen.

Die Bundesregierung bestätigt: Über 40 Prozent der potenziellen Teilnehmenden sollen ausgeschlossen werden

In der Beantwortung einer Schriftlichen Frage der Bundestagsabgeordneten Filiz Polat bestätigte die Bundesregierung offiziell:

- Das BAMF rechnet 2026 mit 314.300 potenziellen Teilnehmenden für Integrationskurse.
- Davon würden 129.500 Personen einen Zulassungsantrag nach § 44 Abs. 4 AufenthG stellen.
- Diese Anträge sollen vollständig abgelehnt werden.

Diese Angaben entstammen der Regierungsantwort auf eine Schriftliche Frage (Januar/Februar 2026) und zeigen das Ausmaß der Einschränkungen klar auf.

BVIB-Geschäftsführerin Jeannette Langner warnt:

„Wenn der Staat über 129.000 integrationswillige Menschen aktiv vom Spracherwerb ausschließt, ist das keine Verwaltungsmaßnahme mehr – das ist der kontrollierte Rückbau staatlicher Integrationsfähigkeit.“

Betroffene Gruppen: Menschen, die bleiben – aber nicht lernen dürfen

Das BAMF-Trägerrundschreiben Integrationskurse 02/26 vom 09.02.2026 legt fest, dass bis auf Weiteres keine Zulassungen nach § 44 Abs. 4 AufenthG erteilt werden. Damit verlieren insbesondere folgende Gruppen *jede* Chance auf Teilnahme:

- Geflüchtete mit vorübergehendem Schutz (z. B. aus der Ukraine)
- Asylsuchende in laufenden Verfahren

- Geduldete nach § 60a Abs. 2 S. 3 AufenthG
- Unionsbürger*innen

Langner:

„Es handelt sich um Menschen, die bereits hier leben, hier arbeiten wollen und hier bleiben werden. Ihnen den Zugang zur Sprache zu verwehren, ist integrationspolitisch unverantwortlich und sozial hochgefährlich.“

Kurssterben, Personalabwanderung und Standortschließungen – ein irreversibler Schaden

Die Rückmeldungen aus dem gesamten Bundesgebiet sind eindeutig: Die Integrationsinfrastruktur beginnt unter den Maßnahmen zusammenzubrechen.

Die Folgen für Träger und Lehrkräfte sind dramatisch:

- laufende Kurse werden abgesagt
- geplante Kurse können nicht starten
- Standorte – besonders im ländlichen Raum – werden geschlossen
- qualifizierte Lehrkräfte verlassen den Beruf mangels Perspektive
- Honorarkräfte verlieren Einkommen und wandern in andere Branchen ab
- jahrelang gewachsene Prüfungs- und Netzwerkstrukturen erodieren

BVIB-Geschäftsführerin Langner erklärt:

„Eine Integrationsinfrastruktur entsteht über Jahre – aber sie lässt sich in wenigen Monaten zerstören. Wenn das einmal passiert, ist ein Wiederaufbau weder kurzfristig noch kosteneffizient möglich. Deutschland würde seine Integrationskompetenz verlieren.“

Auch Wirtschaft und Kommunen sind direkt betroffen

Der Verband dokumentiert bundesweit zunehmende Härtefälle:

- Arbeitsverhältnisse scheitern mangels Sprachförderung
- Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt oder brechen ab
- Betriebe verlieren dringend benötigte Beschäftigte
- Kommunen berichten von wachsender Frustration, Konflikten und Überlastung
- Familien und Einzelpersonen werden in Sprachlosigkeit gedrängt

Langner betont:

„Sprache ist keine Sozialleistung, die man nach Haushaltslage vergibt. Sie ist staatliche Grundinfrastruktur – für Bildung, Arbeit, Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

BVIB fordert sofortiges politisches Gegensteuern

Der BVIB e.V. fordert Bundesregierung und parlamentarische Gremien auf, unverzüglich tätig zu werden:

1. Rücknahme der Aussetzung der Zulassungen nach § 44 Abs. 4 AufenthG
2. Sofortige Übergangsregelung, um weitere Kursabbrüche zu verhindern
3. Haushaltspolitische Absicherung der Integrations- und Berufssprachkurse
4. Klärung, wie diese Maßnahmen mit Fachkräftepolitik und gesellschaftlichem Zusammenhalt vereinbar sein sollen

„Die eigenen Zahlen der Bundesregierung zeigen, wie groß der Schaden sein wird, wenn jetzt nicht gehandelt wird“, so Langner.

Quellen

- Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage der Abgeordneten Filiz Polat, Januar/Februar 2026: *314.300 potenzielle Teilnehmende, davon 129.500 erwartete Zulassungsanträge.*
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Trägerrundschreiben Integrationskurse 02/26 vom 09.02.2026.

Kontakt für Medienanfragen

BVIB e.V. – Bundesverband für Integrations- und Berufssprachkurse

Tel.: 0162 9078667

Email: langner@bvib.de, buero@bvib.de